

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

28./29. September 2013, Essen

Beschluss

(Entwurf)

Programm für die Wahl zum Europaparlament 2014

JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU!

NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!

Die Hoffnungen auf die Vereinigung Europas und die Europäische Union waren bei vielen Menschen groß:

- Ein soziales Europa. Ein Europa mit Wohlstand für alle.
- Ein Europa mit einer gemeinsamen starken Währung, ohne lästigen Geldumtausch, mit steigenden Löhnen und steigender Kaufkraft.
- Ein Europa ohne Binnengrenzen. Mit Reisen, wohin man will, ohne lästige Kontrollen.
- Ein friedliches Europa. Mit einer Friedensmission in der ganzen Welt.
- Ein weltoffenes Europa. Eine Zuflucht für bedrängte Menschen. Ein Europa das gelernt hat aus Kriegen und Flüchtlingselend.
- Ein Europa, das für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und für die Unterstützung der Menschen in der „3. Welt“ steht.

Das waren die Hoffnungen vieler Menschen in ein vereintes Europa. Doch wie sieht die Realität aus?

Viele sprechen bereits davon, dass „Europa gescheitert“ ist. Gescheitert an seinen inneren Widersprüchen. Gescheitert an Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, zunehmendem Elend, und Hoffnungslosigkeit – nicht nur an seiner Peripherie. Denn auch in der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Kluft zwischen arm und reich zu. Massenarbeitslosigkeit, Jobcenter-Schikane, Leiharbeit und Werkverträge, befristete Arbeitsverhältnisse, Altersarmut durch Rente mit 67, Hungerlöhne, Zwei-Klassenmedizin und die Demontage der kommunalen öffentlichen Daseinsvorsorge – das sind Alltagserfahrungen der Arbeiterklasse, der Lohnabhängigen sowie breiter Bevölkerungsteile.

An den Grenzen der Europäischen Union werden Menschen in den Tod getrieben beim Versuch, sich vor Elend und Verfolgung zu retten.

Die führenden imperialistischen Mitgliedsstaaten der EU, Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind zusammen mit dem US-Imperialismus weltweit an militärischen Interventionen beteiligt.

Widerstand in der EU soll nicht aufkommen – dafür exerzieren Militär und Geheimdienste. Im Innern wird die Überwachung verstärkt, die Polizei immer brutaler gegen Protestierende eingesetzt, der Bundeswehreininsatz vorbereitet.

Widerstand darf nicht aufkommen, deswegen muss er gespalten werden. Dabei nützen Nationalismus, Rassismus und die willigen Helfertuppen des Kapitals, die Rechten aber zunehmend auch die alten und neuen Faschisten. Die Faschisten organisieren und vernetzen sich immer stärker. Offene Gewalt, Mord und Terror sind wieder Teil ihrer unverhüllten Praxis. Ihre soziale Demagogie wird mit Hilfe moderner Kommunikationsmitteln und -strategien verbreitet und gewinnt Einfluss.

In dieser Situation kandidiert die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) zu den Wahlen zum Europaparlament im Mai 2014. Die DKP will damit dem Kampf und Protest gegen das Europa der Banken und Konzerne in den Betrieben und auf der Straße eine Stimme geben. Die DKP will damit den dringend notwendigen außerparlamentarischen Widerstand hierzulande und in der gesamten EU stärken.

In diesem Sinne ruft die DKP dazu auf: Wählt die Kommunistinnen und Kommunisten – wählt den Weg der Solidarität und des Widerstands gegen das Europa der Banken und Konzerne!

Nein zu dieser EU! Nein zum Machtssystem des Monopolkapitals!

Die EU ist ein Hauptzentrum des modernen Monopolkapitalismus und Imperialismus. Hier bestimmen die oftmals weltumspannenden Großbanken, Finanzinstitutionen und Großkonzerne über das Schicksal von 490 Millionen Menschen.

In der EU sind 29 der weltweit größten 50 Großbanken und Versicherungskonzerne beheimatet und hat mehr als ein Drittel der 500 größten Konzerne der Welt ihren Hauptsitz. Hier existiert eine wahre „Diktatur“ (Zwangsherrschaft) des Finanzkapitals.

Doch dieses imperialistische Großprojekt der Industriemonopole und Banken steckt seit 2007 in der schwersten Strukturkrise. Das war und ist nicht einfach eine „Krise der Staatsfinanzen“. Die Krise der EU ist Teil der umfassenden Systemkrise des Kapitalismus. Ihre Ursachen liegen nicht in Fehlern oder im Missmanagement einiger Akteure sondern sind begründet im Wesen des Kapitalismus und seiner inneren Widersprüche.

Die Krise zeigt sich als besonders heftige zyklische Überproduktionskrise und findet ihren Ausdruck in Wirtschaft, Politik, Kultur – in allen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft. Als chronische Überakkumulationskrise hat sie zu einer Verschiebung von Kapital zu Gunsten der Finanzwirtschaft und zu einem deutlichen Ausbau ihrer Internationalisierung geführt. Bestätigt hat sich damit eine Feststellung aus dem DKP-Parteiprogramm: „Der Akkumulationsprozess des Kapitals, Wachstum und technischer Fortschritt können sich nur über wiederkehrende ökonomische und politische Krisen realisieren. Damit verbunden sind wachsende Ungleichheit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und – tendenziell – die Zunahme von Armut und Verelendung.“

Die Krise des Kapitalismus, die Krise der EU, kann nicht gelöst werden, wenn die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und seines Krisenmechanismus nicht angetastet werden. Diese beruhen auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, der daraus folgenden Planlosigkeit und Anarchie der Märkte, der dem Wachstum der Produktion grundsätzlich hinterherhinkenden Kaufkraft der Massen, sowie dem gnadenlosen Konkurrenzkampf der kapitalistischen Monopole und Banken untereinander.

Nein zu dieser EU! Nein zur Union des Finanzkapitals!

Mit der Währungsunion und der Einführung des Euro im Jahre 2002 entstand keinesfalls eine politische Union gleichberechtigter Mitgliedsstaaten, die sich den Interessen der Mehrheit der Menschen verpflichtet sah.

Auch für den Euro gilt: „Währungsfragen sind Klassenfragen.“

Der Euro sollte eine möglichst rasche Vereinfachung der Waren- und Kapitalgeschäfte und eine stärkere Unabhängigkeit von den Schwankungen der nationalen Währungen und deren Abhängigkeit vom alles beherrschenden US-Dollar auf den internationalen Märkten schaffen.

Der Euro war und ist ein Hebel zur Niederkonkurrierung der ökonomisch schwächeren EU-Mitgliedsländer. Mit ihm sollten und wurden in seinem Geltungsbereich soziale und ökonomische Standards geschaffen, die für die mächtigen europäischen – vor allem die deutschen und französischen – Monopole und Banken bessere Geschäfte und Absatzmärkte ermöglichen.

Resultat sind niedrigere soziale Standards, weniger Schutzrechte für die Arbeiterbewegung, Abbau von „marktwidrigen“ staatlichen Regelungen, die die arbeitenden Menschen und ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in Jahrzehnten den Kapitalisten abgetrotzt hatten.

Nein zu dieser EU! Nein zum Diktat der Troika!

Europäische Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationaler Währungsfonds bilden die erpresserische „Troika“, die mit ihrem Kurs des großflächigen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst, der rigorosen Kürzung von Renten, Löhnen und Sozialleistungen und der Privatisierung staatlicher Betriebe in den überschuldeten EU-Mitgliedsländern für eine gigantische Entlassungs- und Armutswelle sorgt.

Ein Schuldenschnitt für die immer mehr verarmenden schwächeren EU-Mitgliedsstaaten ist überfällig – ein Schuldenschnitt auf Kosten der Banken und Konzerne! In diesem Sinne unterstützt die DKP die Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und der Kommunistischen Parteien z..B. in Griechenland, Portugal und Zypern.

Die den überschuldeten und verarmten Staaten gewährten Milliarden-Kredite dienen nicht vorrangig deren ökonomischer und sozialer Entwicklung. Sie landen auf den Konten der Großbanken und

Großaktionären der mächtigen kapitalistischen EU-Staaten – allen voran der deutschen Großbanken und anderer Kreditgeber.

Nein zu dieser EU! Nein zum Euro als Mittel der ökonomischen Ausplünderung!

Ob der Euro für die Entwicklung eines Landes von Vorteil oder von Nachteil ist, hängt in erster Linie von seiner eigenen ökonomischen Stärke und Konkurrenzfähigkeit ab und ist von Land zu Land verschieden.

Der Ausstieg aus dem Euro kann einzelnen „Aussteigern“ einen Spielraum durch Auf- und Abwertungen der nationalen Währung im Außenhandel bieten. Wenn dieser Spielraum für den Aufbau einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung genutzt und gleichzeitig die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse und Werktätigen eines solchen Staates durch deren entschlossenen Kampf stärker zum Zuge kommen, kann dies ein richtiger Schritt sein. Er kann den gemeinsamen Kampf der klassenbewussten Teile der europäischen Arbeiterbewegung gegen die Übermacht der großen imperialistischen Führungsmächte der EU unterstützen. Letztlich wird diese Frage in den Ländern selbst durch Klassenkämpfe entschieden.

Das Grundproblem sind und bleiben jedoch die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Marktwirtschaft, der sie begründenden kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sowie die Unterschiedlichkeit der ökonomischen Stärke der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten.

Wir Kommunisten halten es für das souveräne Recht eines jeden von den Großmächten der EU ausgeplünderten Volkes sich diesem imperialistischen Zwangsstruktur EU zu verweigern und ein „Nein“ zur EU und zu deren Währung, dem Euro, zu sagen.

Der Kampf gegen das Europa der Banken und Konzerne – wenn auch auf unterschiedlichen Wegen von Innen oder von Außen – geführt wird, ist die gemeinsame Aufgabe der europäischen Arbeiterbewegung. Hierin zeigen sich die Stärke der internationalen Solidarität und des proletarischen Internationalismus.

Nein zu dieser EU! Nein zu Krieg und Militarismus!

(Der folgende Passus muss im Verlauf der Entwicklung der nächsten Monate aktualisiert werden.)

Im Vorfeld der Wahl zum Europa-Parlament stand die Welt vor neuen Kriegsgefahren. Wie schon in den 90er Jahren schickte der US-Imperialismus sich zusammen mit den großen imperialistischen Militärmächten der EU an, mit Syrien ein weiteres Land zu zerschlagen.

Diese Planungen bestehen weiter. Es geht darum einen Staat zu unterwerfen, der seit Jahrzehnten innerhalb der arabischen Welt ein Vorposten gegen die Dominanz der USA sowie ihrer Bündnispartner, der alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien sowie Israel war, und sich auch nicht als Aufmarschgebiet gegen den Iran – und strategisch noch weiter gedacht gegen China – hergeben wollte und will.

Deutschland ist – trotz aller diplomatischen Rhetorik – mit der Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei und mit seinen militärischen Nachrichtenmitteln Teil dieser imperialistischen Kriegsallianz.

Die westeuropäische Rüstungs- und Militärindustrie boomt; sie ist mit einem Weltmarktanteil von 34 Prozent der größte Rüstungsexporteur der Welt.

Die EU ist dabei, auch eigene Militärstrukturen zu errichten. Auf der Basis des Maastricht-Vertrages wurde eine eigene „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) entwickelt, und gestützt auf den Vertrag von Lissabon wird seit 2009 auch ein System der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) geschaffen.

Die „Europäische Rüstungsagentur koordiniert die Modernisierung der europäischen Rüstungsprogramme. Die Pläne und Diskussionen um den Aufbau einer „Europäische Armee“ werden intensiviert.

Nein zu dieser EU ! Nein zu Massen- und Jugendarbeitslosigkeit!

2013 erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU mit durchschnittlich 12,6 Prozent einen neuen Rekordwert. Doch selbst diese Zahl trügt. So war im Mai fast jeder vierte Grieche arbeitslos – und Griechenland ist kein Einzelfall. Ähnlich dramatisch sind die Daten für Italien, Spanien und Portugal. Und selbst das hochindustrialisierte Frankreich ist in den Abwärtsstrudel geraten.

Besonders betroffen ist die arbeitende, die noch lernende und studierende Jugend. Ganze Jahrgänge der unter 30 jährigen werden immer mehr abgehängt und verelenden.

In Spanien und Griechenland ist mehr als die Hälfte der jungen Generation arbeitslos. Große Teile selbst gut und sehr gut ausgebildeter junger Menschen unter 30 Jahren sind ohne Aussicht auf einen Job: Sie müssen oft wieder zurück zu ihren Eltern oder müssen ihr Land verlassen in der Hoffnung auf eine berufliche Perspektive.

Das angekündigte Sonderprogramm der EU gegen die Jugendarbeitslosigkeit ruft wegen seiner Konzeptionslosigkeit und seines geringen finanziellen Einsatzes selbst bei bürgerlichen Ökonomen nur Kopfschütteln hervor. Die EU erweist sich als unwillig und unfähig der Jugend eine Aussicht auf Besserung zu geben.

Nein zu dieser EU! Nein zu Demokratieabbau und flächendeckender Überwachung!

Die EU und ihre Institutionen werden selbst den Ansprüchen eines bürgerlich-parlamentarischem Systems in keiner Weise gerecht. Das „Europäische Parlament“ hat eigentlich seinen Namen nicht verdient:

Es hat keine eigenen Machtfunktionen gegenüber der „Europäischen Kommission“ in Brüssel.

Es kann die personelle Zusammensetzung der Kommission nicht aktiv bestimmen, es kann lediglich Personalvorschläge der EU-Regierungschefs hinterfragen und ablehnen, aber keine eigenen Vorschläge machen.

Es besitzt kein eigenes aktives Haushalts- und Budgetrecht; damit fehlt ihm das wichtigste Instrument zur Ausübung einer eigenen demokratisch legitimierten Macht.

Das Parlament der EU kann also – selbst wenn es politisch wollte – den zentralen Brüsseler Machtbehörden nichts Entscheidendes vorschreiben. Diese werden durch die ökonomisch stärksten Länder in der EU dominiert.

Die Wirtschafts- und soziale Krise in Europa wird immer mehr zu einer Krise der Demokratie.

Die Einschränkung von demokratischen und politischen Grundrechten erleben Menschen überall in Europa und auch in Deutschland – nicht nur aufgrund unzureichender demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten auf allen Ebenen.

Die polizeistaatliche Überwachung im öffentlichen Raum, der MitarbeiterInnen in Firmen, von Telefonen und Internetbindungen hat ein bislang unvorstellbares Ausmaß erreicht.

Verfassungsmäßige Rechte auf die Unversehrtheit der Wohnung, auf das Postgeheimnis bestehen nur auf dem Papier. Pässe, Gesundheitskarte, elektronische Melderegister usw. sorgen für den „gläsernen Bürger“, grenzüberschreitenden "Greiftrupps" sowie anderen "Spezialeinheiten" und Dienststellen für den „schnellen Zugriff“.

Überall in EU-Europa werden die Rechte von nationalen Parlamenten eingeschränkt, wird nationale Souveränität missachtet.

Wenn Wahlergebnisse nicht passen, wird so lange abgestimmt, bis das gewünschte Ergebnis erreicht ist. Oder es werden durch die „Troika“ an allen demokratischen Institutionen und den Rechten der Bürgerinnen und Bürger vorbei „Expertenregierungen“ eingesetzt.

Mit dem 2012 beschlossenen Fiskalpakt wird in EU-Europa die sozial-reaktionäre Politik der Deregulierung, der Privatisierung, des Grundrechteabbaus beschleunigt und endgültig festgeschrieben.

Nein zu dieser EU! Nein zu Rassismus und Faschismus!

In der Krise haben sich in vielen EU-Ländern Nationalismus und Rassismus weiter ausgebreitet.

EU-Europa grenzt sich brutal gegen Flüchtlinge ab. Mit einer Politik, die Flüchtende lieber im Mittelmeer ertrinken lässt. Mit einer Politik, mit der die Flüchtenden vor Hunger, Armut, Verfolgung und Krieg diskreditiert und ausgegrenzt werden. Wenn sie denn nicht hoch qualifizierte Fachkräfte sind.

Nationalismus, Egoismus, Rassismus und Hass auf Migrantinnen und Migranten wurden in der Krise bewusst geschürt. Auch mit der Absicht, die Herrschaftsverhältnisse zu zementieren.

In den Jahren der Krise konnten in fast allen Ländern Europas rechte Parteien ihre Wählerbasis vergrößern. Offen faschistische, antisemitische, gewalttätige und terroristische Parteien verfügen in vielen EU-Staaten mittlerweile über erhebliche Wählerschaften.

Sie belassen es nicht mehr bei Propaganda. Mord und Totschlag sowie regelrechte Hetzjagden auf Antifaschisten und Demokraten werden zur offenen Praxis.

Nein zu dieser EU! Nein zur Zerstörung von Umwelt und Klima!

Die Staatengemeinschaft der EU gehört zu den großen Zerstörern unserer Umwelt und zu den Hauptverursachern des lebensbedrohlichen Klimawandels. Ihre angebliche Vorreiterrolle, die sie seit dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels (2009) für sich vor allem gegenüber USA, China und Russland beanspruchte, entpuppt sich zunehmend als leere Propaganda.

Es sind die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten und die in der EU beheimateten Großkonzerne, die in den vergangenen Jahren die Bemühungen der UNO und des UNO Klimabeirates IPCC für eine drastische und effektive Kürzung der klimafeindlichen CO²-Emissionen besonders behinderten. Sogar die früheren bescheidenen Vorstöße aus der EU-Verwaltung zugunsten einer stärkeren CO²-Reduktion werden wieder zurückgefahren.

Die EU hat sich zu einem immer stärkeren Hindernis für die Bemühungen um eine Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll entwickelt, das zumindest versuchen soll – wenngleich völlig unzureichend –, Grenzen für den sich immer mehr beschleunigenden CO²-Ausstoß zu vereinbaren.

So wurde insbesondere auf Drängen der Merkel-Regierung und der deutschen Automobilindustrie die Verschärfung der Auflagen zur Produktion CO² ärmerer Antriebssysteme für den Massenverkehr verhindert.

Die von Lebensmittel und Agrarkonzernen sowie vom Großgrundbesitz gesteuerte EU-Landwirtschaftspolitik hat sich zu einem Sektor des industriemäßig strukturierten Agrarkapitalismus entwickelt, dem nichts fremder ist als das Gebot der ökologischen Vernunft und eine dem Schutz der Umwelt verpflichtete umweltgerechte Landwirtschaft.

Eine europäische Umwelt-, Energie- und Klimapolitik darf sich aber nicht an den Kosten oder den Profiterwartungen für die Großkonzerne orientieren, sondern am Erhalt der Umwelt für die nächsten Generationen. Der ökologische Umbau der Energieversorgung, der Ausstieg aus der Atomenergie und der fossilen Energieträger muss konsequent und zielstrebig erfolgen. Er wird selbst in seinen bescheidenen Ansätzen wie in Deutschland von den monopolistischen meist europaweit agierenden Energiekonzernen verschleppt und boykottiert.

Nein zu dieser EU! Nein zur Diskriminierung der Frauen!

Frauen werden in den letzten Jahren der kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzkrise noch stärker aus dem Arbeitsmarkt in die "industrielle Reservearmee" gedrängt als zuvor. Immer mehr Frauen in der EU werden zudem auf unsichere, ungeschützte Arbeitsplätze abgeschoben.

Die Krise der EU führt zu einer Verschlechterung und Zuspitzung der ohnehin ungleichen ökonomischen und sozialen Rolle der Frauen. Es dominiert weiter das asoziale Prinzip „ungleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Frauen arbeiten überdurchschnittlich oft in den am schlechtesten bezahlten Berufsgruppen.

Die Möglichkeit der qualifizierten Berufsausübung wird nach wie vor erschwert oder gar unmöglich gemacht, weil es nicht ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für berufstätige Frauen mit kleinen Kindern gibt.

Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erhöht ihr Armutsrisiko enorm. 15 Prozent der Frauen gelten EU-weit als von Armut bedroht. Frauen sind auch deshalb stärker von Armut bedroht, weil sie viel mehr unbezahlte, aber gesellschaftlich notwendige, Pflege- und Erziehungsarbeit leisten als Männer. Sie sind insgesamt weniger in den Arbeitsmarkt integriert und erwerben dadurch viel geringere Rentenansprüche.

Ökonomische Benachteiligung, Herstellung alter finanzieller Abhängigkeitsverhältnisse in den Ehen, Partnerbeziehungen und Familien führt zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Gesamtsituation der Frauen und Mädchen in der EU. Dies geht in einigen Ländern einher mit dem Zurückschrauben bereits erreichter Selbstbestimmungsrechte und Emanzipationsfortschritte, die sich die proletarische und bürgerliche Frauenbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpft hatte. Das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, das Recht frei über eine Schwangerschaft zu entscheiden, wird in einigen EU-Mitgliedsländern im Zuge einer Wende nach rechts ausgehöhlt.

Etwa eine Viertel bis eine halbe Million Frauen und Kinder werden jedes Jahr in Europa Opfer von Menschenhandel. Mittelosteuropa, Afrika und Lateinamerika sind dabei die Herkunftsländer, die reichsten EU-Mitgliedstaaten sind die Hauptzielländer.

Nein zu dieser EU! Gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben

(Wird noch von DKP queer geschrieben.)

Nein zu dieser EU! Nein zum Diktat des deutschen Imperialismus

Der Euro festigte die ökonomische Dominanz des deutschen Imperialismus in seiner Rolle als „Exportweltmeister“ und erleichterte ihm damit, die politische Bevormundung der anderen EU-Länder.

Dagegen gibt es Widerstand und Reibungsverluste. Die Konkurrenz mit den anderen militärisch oder wirtschaftlich starken imperialistischen Gegenspielern, insbesondere mit Frankreich und Großbritannien, hemmt und blockiert teilweise das Gelingen dieses Vormachtstrebens.

Der deutsche Imperialismus braucht und will einerseits eine funktionierende EU und will nicht, dass sie scheitert. Aber er trägt mit seinen Eigeninteressen genau dazu bei.

Für die export- und weltmarktorientierten Sektoren der deutschen Monopolbourgeoisie und ihre jeweiligen Regierungen stellt sich die Frage, ab wann ihr die politischen und ökonomischen „Kosten“ für die EU und die Aufwendungen zur Stabilisierung der schwächeren Mitgliedsstaaten zu hoch werden.

Egal, welchen Weg die entscheidenden Teile der deutschen Monopolbourgeoisie aber auch einschlagen werden: Teil ihrer Strategie werden durch Reaktion und Aggression bestimmt werden und stellen für die Völker ganz Europas eine Gefahr dar in Bezug auf soziale und demokratische Rechte, in Bezug auf Nationalismus und Krieg.

Unsere Antworten – unsere Ziele

Die DKP sieht in ihrer Kandidatur einen Beitrag dafür, der Stimme der Arbeiterbewegung, der verschiedenen demokratischen Bewegungen, der Umweltbewegung, der Frauen- und Jugendbewegung gegen das Diktat der europäischen Banken und Konzerne ein Forum zu verleihen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten nutzen den Wahlkampf, um gegen die Zerschlagung sozialer, demokratischer und kultureller Rechte zu mobilisieren.

Die DKP versteht eine kommunistische Kandidatur als Beitrag für den verstärkten Protest der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Europa gegen dieses imperialistische Diktat. Dabei knüpfen wir an den bestehenden und sich entwickelnden Protesten gegen die Politik der EU an. An ihnen orientieren sich die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP/Offene Liste.

„Besonders die Generalstreiks in den südeuropäischen Ländern haben gezeigt, dass es möglich ist, Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals zu leisten. Sie haben gezeigt, dass auch heute eine starke und kämpferische Arbeiterbewegung die entscheidende Kraft in den Kämpfen ist.“ („Antworten der DKP auf die Krise“)

Die imperialistische „Festung EU“ muss geschwächt und historisch „entsorgt“ werden.

Der Gegensatz zwischen arm und reich, zwischen dem modernen Kapitalismus und der Masse der Lohnabhängigen ist keine Frage der Hautfarbe oder der Nationalität. Die EU ist eine Zwingburg mit einem modernen „Geld“-Adel und Millionen für ihn schuftenden Arbeitern und Angestellten – egal welcher Nationalität.

Es gab nie eine „soziale und demokratische Anfangsphase“, zu der man heute „zurückkehren“ könnte, wie manche Linke irriger Weise meinen. Eine soziale, ökologische und demokratische Umgestaltung in Europa setzt einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Fundamenten der EU und einen

Bruch mit den bisherigen Machtstrukturen des Groß- und Finanzkapitals und seiner Machtapparate voraus.

Im DKP-Parteiprogramm heißt es dazu, dass die weitere Entwicklung der Europäischen Union davon abhängen wird, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung und anderen antimonopolistischen Bewegung, den demokratischen Kräften insgesamt, gelingen wird, die Macht und den dominierenden Einfluss des Finanz- und Monopolkapitals auf die EU-Institutionen zurückzudrängen.

Dabei ist klar, dass der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion jedoch die Erwartung illusorisch macht, dass diese Europäische Union ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden könne.

Ein anderes Europa braucht mit anderen Worten als Voraussetzung eine antimonopolistische und - in der Perspektive - sozialistische Umwälzung.

Die DKP versteht eine kommunistische Kandidatur als Signal für den verstärkten Protest der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Europa gegen dieses imperialistische Konstrukt.

- Für ein Europa, in dem die Macht der Banken und Konzerne zurückgedrängt und schließlich gebrochen werden wird.
- Für ein Europa, in dem sich die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und die demokratischen Bewegung immer besser zu breiten antimonopolistischen Bündnissen zusammenschließen und koordinieren mit dem Ziele eines Bruchs mit dem Europa der Banken und Konzerne .
- Für ein Europa, in dem die Wurzeln von Militarismus; Kriegstreiberei, Neokolonialismus und Faschismus, die großkapitalistischen Besitzverhältnisse, überwunden werden.
- Für ein Europa, das einen aktiven Beitrag gegen die Politik des Monopolkapitals und der Großkonzerne für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gegen die Umweltzerstörung und Klimawandel leistet.
- Für ein Europa in dem die Zukunftsinteressen der Jugend wichtiger sind als die Profitspannen der Finanziere und Industriellen, der Millionäre und Milliardäre.
- Für ein Europa, in dem die Rechte der Frauen nach Selbstbestimmung, nach Chancengleichheit, nach Gleichberechtigung und Gleichstellung im Privaten und im Beruf nicht nur proklamiert, sondern auch verwirklicht werden.
- Für ein Europa, in dem Geschlechtsfrage und die Frage der sexuellen Orientierung kein Anlass mehr für soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und berufliche Benachteiligung sind.
- Für ein Europa der engen Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien, die ein „sozialistisches Europa“ auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Dieses Europa kann nur aus den verschiedenen nationalen Kämpfen und deren Verzahnung und Durchdringung erwachsen. Dazu muss in jedem Land die Arbeiter- und Volksbewegungen verstärkt und die alte Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“ mit neuem Leben erfüllt werden.

Dieses sich in Richtung des antimonopolistischen Kampfes und des Sozialismus entwickelnde Europa setzt voraus und erfordert den radikalen Bruch mit dem System des Kapitals, mit der Herrschaft der Banken und Konzerne.

Das ist das Angebot der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland und Europa. Deshalb: Stimmt gegen das Europa der Banken und Konzerne – wählt die DKP!

(Bei 1 Nein-Stimme als Diskussionsgrundlage beschlossen)
